

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in der Berichterstattung zur Bundestagswahl standen die Themen Islam und Integration nicht gerade im Mittelpunkt des Interesses. So waren es vor allem muslimische Beobachter, die das Wahlergebnis mit Blick auf den zukünftigen Status von Islam und Muslimen in Deutschland interpretierten.

Dabei kamen sie zu unterschiedlichen Schlüssen: Während die einen auf die Fortsetzung des Dialogprozesses hoffen, wie er unter dem ehemaligen Innenminister Wolfgang Schäuble mit der **Deutschen Islam Konferenz** begonnen wurde, befürchten andere unter einer schwarz-gelben Regierung ein Wiederaufleben nationalistischer und kulturalistischer Debatten. Die Diskussion um eine „deutsche Leitkultur“ ist hier noch in schlechter Erinnerung. (Ein Überblick über verschiedene Stimmen zum Wahlergebnis findet sich in der **Sonderausgabe des Newsletters zur Bundestagswahl** auf bpb.de.)

Deutlich wurde in diesen Reaktionen, dass es unter Muslimen in Deutschland sehr unterschiedliche Sichtweisen und eben auch Parteipräferenzen gibt. Darauf hatte zuletzt auch Navid Kermani in seinem Buch „Wer ist Wir. Deutschland und seine Muslime“ eindringlich hingewiesen. Darin schrieb er: „Ich bin Muslim. Der Satz ist wahr, und zugleich blende ich damit tausend andere Dinge aus, die ich auch bin und die meiner Religionszugehörigkeit widersprechen können“.

Diese Heterogenität spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Ansichten wider, die selbst unter sehr religiösen Muslimen zu gesellschaftlichen und politischen Themen und Fragen des Islam vertreten werden. Zum Beispiel, wenn es um den Niqab, den Gesichtsschleier, oder um den islamischen Religionsunterricht geht (siehe S. 2 + 11 in diesem Newsletter).

Entscheidend für die Zukunft des Islam in Deutschland ist aber nicht nur, wie Muslime untereinander über die Bedeutung von Religion diskutieren. Nicht weniger bedeutsam ist die Haltung der nicht-islamischen Mehrheitsgesellschaft. Darauf hat Jörg Lau in einem **Beitrag** für die Wochenzeitung Die Zeit vor dem Hintergrund der Debatten über die Äußerungen von Thilo Sarrazin hingewiesen: Es sei eine „Kernfrage der Gesellschaftspolitik“, schrieb Lau, wie sich die Mehrheitsgesellschaft aufstelle gegenüber „den Neuen und ihren Kindern, die hier geboren sind“.

Zu diesen Auseinandersetzungen möchten wir mit unserem Newsletter beitragen.

In diesem Sinne wünschen wir eine interessante Lektüre,

die Redaktion



WELCHER ISLAM?

Die Diskussion um den islamischen Religionsunterricht geht weiter (Seite 2)

INHALT

HINTERGRUND

- Welcher Islam? Diskussionen um den Religionsunterricht **2**
- IGMG: „Religionsunterricht ist ein Grundrecht“ **5**
- Beten in der Schule? Zum Berliner Gerichtsurteil **6**

MUSLIMISCHE, TÜRKISCHE UND ARABISCHE STIMMEN

- „Verfluchte Freiheit“: Hamed Abdel-Samad im Interview **7**
- Andalusian.de – Bloggen für ein „zeitgemäßes“ Islamverständnis **8**
- „Immer dasselbe Gerede“: Die türkische Diva Bülent Ersoy **10**
- Islamische Diskussion um den Niqab **11**

PUBLIKATIONEN

- Im Kino: „Evet, ich will“ **12**
- Zukunftsforum Islam: Islam und Grundgesetz **13**
- Studie: Islam im Schulunterricht **13**
- DIK über Förderung von Integration und Imamen **14**
- Islamkritik und -feindlichkeit **15**
- Die „dritte deutsche Einheit“ **15**
- Online-Plattform zum Newsletter auf bpb.de **15**

Eine Publikation von:

HINTERGRUND

Welcher Islam?

DIE DISKUSSION UM DEN ISLAMISCHEN RELIGIONSUNTERRICHT GEHT WEITER

Einen ordentlichen islamischen Religionsunterricht gibt es in Deutschland bisher nicht. Unter anderem ist nicht abschließend geklärt, welches Ziel ein solcher Unterricht mit welchen Lehrmaterialien verfolgen soll. Der gegenwärtig ausgetragene innermuslimische Streit um das Schulbuch Saphir 5/6 (vgl. NL 13/14) zeigt zudem, dass es hier um weit mehr als nur um ein Schulbuch geht: Zur Debatte stehen unterschiedliche und miteinander konkurrierende Islamverständnisse. Besonders deutlich wird dies an einem Beitrag von Harun Behr, einem der Herausgeber von Saphir 5/6, mit dem dieser auf Kritik seitens der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) reagiert.

Die Einführung und Gestaltung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen ist eines der zentralen Themen für die Zukunft des Islam in Deutschland. Hier geht es um junge deutsche Muslime, die in den kommenden Jahrzehnten den Islam in Deutschland prägen werden. Noch sind allerdings wesentliche Fragen zum Unterricht offen. So gibt es bis heute in keinem Bundesland einen ordentlichen islamischen Religionsunterricht. Da dieser laut Art. 7 III des Grundgesetzes in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der jeweiligen Religionsgemeinschaft stattfinden muss, ist eine Zusammenarbeit mit islamischen Organisationen unabdingbar. Auch hier stellt sich allerdings jene Frage, die viele Auseinandersetzungen um den Islam bis heute bestimmt: Wer repräsentiert den

Islam und die Muslime in Deutschland? Das heißt in diesem Fall: Welche islamischen Organisationen können mit den staatlichen Stellen in der Ausbildung von Religionslehrern, der Bestimmung der Inhalte des Unterrichts und der Auswahl der Lehrmaterialien zusammen arbeiten?

Bisher gibt es lediglich einen alevitischen Religionsunterricht. Vorformen eines sunnitischen Religionsunterrichts werden in Modellversuchen erprobt. Fortwährend umstritten ist dabei die Anerkennung einzelner islamischer Organisationen als Religionsgemeinschaft, in deren Verantwortung der Religionsunterricht durchzuführen wäre. So wird etwa der DITIB vorgehalten, zu sehr Interessen der Türkei in Deutschland im Auge zu haben. Und die

IGMG, die mitgliederstärkste Organisation des Islamrates, steht weiterhin unter Islamismusverdacht und wird durch Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern beobachtet – auch dabei spielt die ideologische Anbindung an türkische Organisationen und Parteien eine große Rolle (siehe Kasten). Eine weitere wichtige Frage ist die nach den Zielen eines islamischen Religionsunterrichts und einer dementsprechenden Gestaltung der Lehrmaterialien: Wie kann ein Unterricht aussehen, der islamkundliches Wissen vermittelt und gleichzeitig islamischer Bekenntnisunterricht sein soll?

Dieses Ziel verfolgt das Schulbuch *Saphir 5/6. Religionsbuch für junge Musliminnen und Muslime*, das im Sommer 2008 erschienen ist. Herausgeber und verantwortlich für die pädagogische und didaktische Gesamtkonzeption sind die Islamwissenschaftler und Religionspädagogen Lamya Kaddor, Rabeya Müller und Harry Harun Behr. Über dieses Buch ist unter Muslimen in Deutschland ein Streit entbrannt, über den wir in der letzten **Ausgabe** des Newsletters berichteten. In einer öffentlichen **Stellungnahme** hatte die IGMG deutliche Kritik an der Ausrichtung des Buches geäußert und erklärt, das Buch sei für den islamkundlichen nur bedingt und für einen bekenntnisorientierten Unterricht gar nicht geeignet.

Bemängelt wurde von Seiten der IGMG vor allem, dass in *Saphir* zu viel Distanz zum Islam als Religion zum Ausdruck komme. Entgegen den Ansprüchen „der Muslime“ an den Religionsunterricht gehe es den Autoren des Buches nicht um die Verkündung von Glaubenswahrheiten, sondern um die Vermittlung islamkundlicher Informationen. Ein solcher Unterricht widerspreche sowohl dem „Selbstverständnis und den Erziehungszielen der muslimischen Religionsgemeinschaften“ als auch den Vorgaben des Grundgesetzes. Ein Beispiel für die islamkundliche Ausrichtung des Buches sei die „fehlende Vermittlung der Praxis des Islams“. Über die Einzelheiten, die „äußere Form“ und die Art und Weise der Verrichtung der Gebete



„In Deutschland leben“: Blick in das Schulbuch *Saphir 5/6*

HINTERGRUND: Welcher Islam?



Bisher nur als Modellversuch: islamischer Religionsunterricht

erfahren die Schüler wenig, stattdessen stünde „der Aspekt der geistigen Zuwendung zu Gott“ im Vordergrund. Es entstünde der Eindruck, so die IGMG, dass „das Gebet letztendlich nur zur seelischen Bindung und Erinnerung an Allah dient und die rituelle Form sowie die einzelnen Pflichten dabei nicht von Bedeutung“ seien. Auch die Darstellung des Islam im Verhältnis zu anderen Religionen wird von der IGMG in diesem Tenor kritisiert: Der Islam erscheine hier nur als „einer von vielen Wegen“, wobei die Grenzen zwischen den Religionen verwischt würden. Erst auf der Grundlage eines eigenen religiösen Selbstverständnisses könne aber aus Sicht der IGMG eine Annäherung an andere Religionen erfolgen. Zudem würde in Saphir das „klassisch Islamische“, so heißt es in der Erklärung der IGMG, als „eher unästhetisch“ dargestellt und solle offenbar „aus dem öffentlichen Leben verbannt“ werden. Stattdessen würde den Schülern im Kapitel „Muslime in Deutschland“ ein „alternatives Islamverständnis“ und die ehemalige Bundestagsabgeordnete Lale Akgün (SPD) als Modellfigur vorgestellt. „Die breite Masse der Muslime“, so die IGMG, würde sich hingegen fragen, ob nun ausgerechnet Akgün „die am besten geeignete Person ist, stellvertretend für die Muslime in Deutschland abgebildet zu werden“. Die Stellungnahme der IGMG zum Religionsunterricht spiegelt den identitätspolitischen Ansatz der Organisation

wider. Sie beansprucht, mit ihren Positionen „die Muslime“ – oder zumindest eine Mehrheit der Muslime in Deutschland – zu vertreten. Dabei betont die IGMG die Besonderheit des Islam und hebt dementsprechend die Unterschiede zu anderen Religionen und der nicht-muslimischen Umwelt hervor. Damit zieht sie sich immer wieder den Vorwurf zu, einer Integration von Muslimen im Wege zu stehen. Die IGMG selbst verfolgt demgegenüber das Konzept, dass Integration nur auf der Basis eines ausgeprägten eigenen (religiösen) Selbstverständnisses gelingen könne. Mit ihrem Islamverständnis vertritt sie dabei mehrheitlich konservativ-traditionell geprägte religiöse Milieus. Hier sind das Festhalten an Ritualen, äußeren Formen und Konventionen – etwa beim Gebet, dem Tragen des Kopftuches oder der Geschlechtertrennung beispielsweise in der Jugendarbeit – oft wichtiger als der Bezug auf universelle Werte (mehr zur IGMG s. Kasten).

Inzwischen hat Harun Behr, Professor für islamische Religionslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg und Mitherausgeber von *Saphir*, ausführlich auf die Kritik der IGMG geantwortet. In einem **Beitrag** der „Zeitschrift für die Religionslehre des Islam“ wirft er der IGMG in mitunter sehr ironischem Tonfall eine ideologische Lesart des Buches vor: Ihr Urteil habe schon festgestanden, bevor man es gelesen habe.

In Behrs Erwiderung wird deutlich, dass es in dem Streit nicht zuletzt darum geht, wie der Islam in Deutschland zukünftig gedacht und gelebt werden soll. Während in der Moschee zum Beispiel gelehrt würde, wie man als Muslim fünfmal täglich richtig bete, ginge es ihm, so Behr, in einem bekenntnisorientierten Schulunterricht vor allem darum, dass sich die Schüler den Glauben und die religiösen Inhalte in einer reflektierenden Form aneignen. Behr zitiert dazu den berühmten islamischen Denker Maulana, dem zufolge „die Seele des Gebets“ und der Glaube wichtiger seien als das Gebet selbst. Dementsprechend stehe im islamischen Religionsunterricht der Muslim als Mensch im Vordergrund. Das könne aber nur gelingen, wenn Lehrpläne und Lehrkräfte keinen Zweifel daran aufkommen ließen, „dass die Menschen nicht dazu da sind, Muslime zu werden, sondern dass der Islam dazu da ist, aus Menschen wahre Menschen zu machen, auf die die islamischen Kriterien von ‚Reife‘ (kamal) und ‚Güte‘ (salah) zutreffen“ (S. 9 in Behrs Beitrag).

Als Muslim, so Behr, reiche es ihm dabei nicht aus, sich auf „Autoritäten zu berufen“. Vielmehr nehme er für sich in Anspruch, Dinge nachprüfen und selbst über seinen Umgang mit ihnen entscheiden zu wollen. Der Koran selbst gebe dem Menschen die Freiheit zu der Entscheidung, „wie er mit Religion verfahren möchte“.

HINTERGRUND: Welcher Islam?

Auch in ihrer Religiosität sehe er die muslimischen Schüler und Schülerinnen daher „als Individuen mit eigenem Kopf, als Menschen mit Herz, als Handelnde“. Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, so spitzt Behr seine Aussage zu, sei ihm wichtiger als die nach islamischer Kleidung (S. 7).

Auch aus pädagogischer Sicht habe es wenig Sinn, den Schülern vorgefertigte und abfragbare Wahrheiten über ihre Religion vorzusetzen. Lernwirksam sei vielmehr das Unerwartete und im Unterricht Reflektierte. Als durch die „Weisungen des Islam als Religionslehre“ begleitetes „Ringens“ (idschtihad) beschreibt Behr vor diesem Hintergrund sein Verständnis von islamischer Religionspädagogik. Er sieht darin das Bemühen darum, die Verhältnisbestimmung von Kindern und der Welt, der sie begegnen, „zu beschreiben, zu verstehen, vorauszusehen und zu beein-

flussen“ (S. 11). Und in dieser Welt sei die Existenz anderer Religionen nun einmal ebenso eine Realität wie deren Nähe zueinander. Es gehe in *Saphir*, so begegnet Behr der Kritik der IGMG, also gar nicht um religiöse Inhalte und Glaubenswahrheiten anderer Religionen, sondern um Fragen von Jugendlichen nach religiöser und kultureller Identität in einer sich ändernden Welt. Und in dieser sei interreligiöse Pluralität bzw. das Zusammenleben auf der Basis des jeweils eigenen Bekenntnisses nun einmal eine „Schlüsselfrage des gesellschaftlichen Friedens“ (S. 21). Hier werden sehr unterschiedliche Zugänge zum Glauben deutlich: Während die IGMG die Konstitution von Gemeinschaft in den Mittelpunkt rückt, die nicht zuletzt über die Betonung von Ritualen, gemeinsamer „äußerer Form“ und „islamischer“ Ästhetik geprägt wird, geht es Behr um die den religiösen Quellen innewohnenden

Werte als Orientierung einer individuellen Lebensgestaltung von Muslimen. Bei der innermuslimischen Diskussion um *Saphir* 5/6 geht es also um weit mehr als um ein Schulbuch. Vielmehr ist der Streit Teil eines Ringens um die Verständigung und um die Auseinandersetzung darüber, wie Muslime den Islam verstehen und leben können. Vor diesem Hintergrund ist auch die Replik von Mustafa Yeneroglu, Generalsekretär der IGMG, zu verstehen (siehe Kasten). Anlass seines Schreibens war ein Bericht über die Diskussion zu *Saphir* 5/6 in der Ausgabe 13/14 dieses Newsletters. Es kann wiederum als Antwort auf Harun Behr gelesen werden. ■

ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS (IGMG)

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) zählt zu den in Deutschland umstrittensten islamischen Organisationen. Verfassungsschutzbehörden werfen ihr seit Jahren islamistische Bestrebungen vor. Auch der Verfassungsschutzbericht 2008 stellt die „verbalen Bekenntnisse der IGMG zu Demokratie und Rechtsstaat“ in Zweifel. Auf der anderen Seite betont etwa der Soziologe und IGMG-Experte Werner Schiffauer die Integrationsbereitschaft, die insbesondere von jüngeren Mitgliedern der IGMG gezeigt werde.

Milli Görüs heißt „Nationale Sicht“ und geht zurück auf den türkischen islamistischen Politiker Necmetin Erbakan, der Anfang der 70er Jahre in der Türkei das politische Ziel der IGMG formulierte: die Bekämpfung der säkularen und die Errichtung einer „gerechten Ordnung“ (adil düzen) auf strikt islamischer Grundlage. Sprachrohr der internationalen Milli-Görüs-Bewegung ist die türkische Tageszeitung Milli Gazete, die bis heute immer

wieder sehr positiv über Erbakan berichtet, „den Westen“ diffamiert und nicht selten auch antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet.

In Deutschland und Europa wurde die IGMG in den 70er Jahren aktiv und zielte zunächst vor allem auf die türkischen Arbeitsmigranten. Als sich abzeichnete, dass diese mit ihren Familien in Deutschland bleiben würden, entwickelte sich die IGMG mehr und mehr zu einer deutschen Organisation. Einige hundert Moscheevereine sowie diverse Jugend-, Frauen- und Studentenvereine gehören zum engeren Umfeld der IGMG. In Deutschland gibt sie die zweisprachige Zeitschrift „IGMG-Perspektive“ heraus, die vor allem über politische, kulturelle und religiöse Anliegen deutsch-türkischer Migranten berichtet. Die IGMG dominiert mit dem Islamrat einen der vier großen muslimischen Dachverbände und ist über diesen in der vom Bundesinnenministerium einberufenen Deutschen Islam Konferenz vertreten. Auch auf der Ebene

der Länder und Kommunen ist die IGMG vielfach Gesprächspartner, wenn es um Islam und Integration geht.

So ergibt sich ein widersprüchliches Bild: Auf der einen Seite steht die „alte“, an der islamistischen Ideologie Erbakans orientierte IGMG, die meist einem sehr traditionell geprägten Milieu entstammt, sich weiterhin an der Türkei orientiert und von starker Abgrenzung gegenüber der nicht-islamischen Umwelt geprägt ist. Auf der anderen Seite findet sich eine neuere Generation von IGMG-Repräsentanten, viele davon in Deutschland geboren, die auf eine Integration von Islam und Muslimen in Deutschland drängt. Dabei ist auch diese Generation in der Regel von einem konservativen Islamverständnis geprägt, welches sich zum Beispiel in der Geschlechtertrennung in der Jugendarbeit widerspiegelt.

HINTERGRUND

Grundrecht Religionsunterricht

In der redaktionellen Einleitung zum Beitrag von Jeannette Spenlen zur Debatte um das Islamschulbuch Saphir 5/6 in der Ausgabe 13/14 dieses Newsletters schrieben wir, dass ein Unterricht, der Glaubenswahrheiten vermitteln soll, nicht mit Artikel 7 III GG vereinbar sei. Diese Aussage ist so nicht richtig. Folgt man der Rechtsprechung und der Auffassung vieler Staatsrechtler, bewegte sich ein solcher Unterricht durchaus im Rahmen des Grundgesetzes. Umstritten ist unter Juristen indes, wie weit die Verkündung von Glaubenswahrheiten im Unterricht im Einzelnen gehen kann. Als Reaktion auf unsere Darstellung erreichte uns ein Beitrag von Mustafa Yeneroglu, dem stellvertretenden Generalsekretär der IGMG. Er wies uns zum einen auf den oben genannten Fehler hin. Darüber hinaus legt Yeneroglu dar, wie ein an den Glaubenssätzen des Islam orientierter Religionsunterricht aus Sicht der IGMG aussehen könnte. Wir dokumentieren im Folgenden diesen Text als Beitrag zur Diskussion.

Die Redaktion

„RELIGIONSUNTERRICHT IST EIN GRUNDRECHT, KEIN MITTEL DER PRÄVENTION“

Eine Stellungnahme von Mustafa Yeneroglu (IGMG)

Der ordentliche Religionsunterricht nach Art. 7 III GG dient in erster Linie der Grundrechtsverwirklichung der Bürger. Mit der institutionellen Garantie im Grundgesetz wird ein subjektives Recht der Schüler, der Eltern und der Religionsgemeinschaft in der Schule gewährleistet. Der Unterricht soll zur religiösen Entfaltung und Verwirklichung im Leben führen. Insofern ist er um der Bürger, nicht um des Staates Willen da – auch wenn vom Religionsunterricht ein Gewinn für das Gemeinwohl in Staat und Gesellschaft erwartet wird. Der Religionsunterricht stellt darüberhinaus eine staatliche Kulturaufgabe dar.

Nach diesen Grundsätzen ist der Religionsunterricht positiv zu verorten. Sein Sinn liegt nicht darin, angeblich drohende oder bereits bestehende Gefahren abzuwenden, wie es häufig dargestellt wird. Der Religionsunterricht taugt weder als Präventionsmaßnahme noch als Mittel, eine bestimmte Form von religiöser Vorstellung zu vermitteln. Er muss „in konfessioneller Positivität und Gebundenheit“ erteilt werden. Und: „Zentraler Gegenstand sind die grundlegenden Überzeugungen der jeweiligen Religion als Glaubenswahrheit, also die Inhalte des Bekenntnisses, welche als bestehende Wahrheiten zu vermitteln sind“ (BVerfGE

74, 244, 252). Der Religionslehrer gestaltet den Unterricht aus dem Glauben heraus, nicht aus der Distanz. Er vermittelt, was geglaubt werden soll. Ziel ist in erster Linie die Stiftung einer positiven Identifikation mit der eigenen Religion.

Insofern könnte sich der Religionsunterricht in den Moscheegemeinden mit dem in der Schule sinnvoll ergänzen: In den Moscheegemeinden werden vor allem das Rezitieren des Korans und die religiöse Praxis, insbesondere die gottesdienstlichen Handlungen gelehrt. Dazu gehört auch das Erlernen von Suren aus dem Koran und das Einüben des Gebetsritus. Im schulischen Unterricht ist schon aus zeitlichen Gründen kein Platz für diese Inhalte. Während in der Moschee der Fokus auf Stärkung und Förderung des Glaubens liegt, wird in der Schule neben der Vermittlung religiösen Grundwissens mehr Wert auf eine reflektierende Herangehensweise gelegt. Eltern, die eine fundierte religiöse Erziehung ihrer Kinder wünschen, werden folglich auf die islamische Unterweisung in den Moscheegemeinden nicht verzichten können. Diese Ausbildung kann in der Schule ergänzt und reflektiert werden. Kinder, die die Angebote der Moscheegemeinden nicht wahrnehmen, bekommen in der Schule

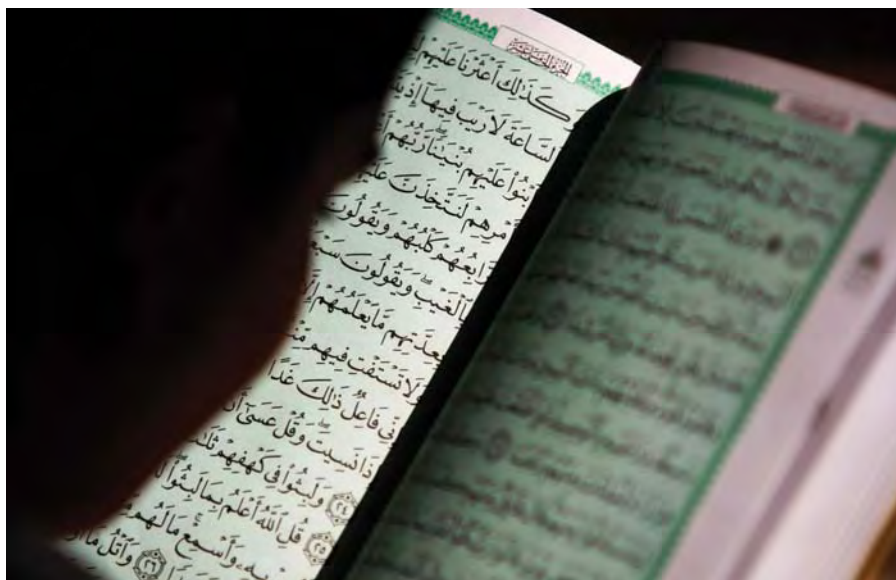
die Möglichkeit, sich mit dem Islam zu beschäftigen.

Der islamische Religionsunterricht in der Schule soll aus dem positiven Bekenntnis zum Islam an ein selbstkritisch-reflektiertes islamisches Selbstbewusstsein heranzuführen. Zudem hat er für Verständnis und Toleranz gegenüber Andersdenkenden aus dem Kerngedanken des Respektes vor der schöpferischen Vielfalt beizutragen. Dabei müssen die Herausforderungen einer pluralistischen Gesellschaft durch eine zeitgemäße Religionspädagogik und Didaktik aufgenommen werden. So müssen im Unterricht die Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit Angehörigen anderer Religionen oder Weltanschauungen aus der Binnenperspektive heraus entwickelt und mit dem Selbstverständnis der anderen Religionen oder Weltanschauungen vergleichend vermittelt werden, ohne dass die Unterschiede verschwiegen oder übergangen werden. Schließlich darf der Unterricht die Wertentscheidungen des Grundgesetzes nicht negieren und hat vor allem Themen aus der Lebenswirklichkeit im Hinblick auf ein vorbildliches Leben gemäß dem eigenen Bekenntnis altersgerecht zu behandeln. ■

HINTERGRUND

Beten in der Schule?

BERLINER GERICHT ERLAUBT MITTAGSGEBET IN DER SCHULE – SENAT GEHT IN BERUFUNG



Beten in der Schule: Ein Fall für die Gerichte – oder gibt es andere Lösungen?

Die Berliner Schulverwaltung hatte einem muslimischen Schüler das Beten in der Schule untersagt – woraufhin dieser vor Gericht zog. Ende September erging dann das Urteil, demzufolge der Schüler das Recht hat, sein Mittagsgebet in der Schule zu verrichten. Allerdings, so das Verwaltungsgericht, nur außerhalb der Unterrichtszeiten, in einem separaten Raum und vorausgesetzt, dass damit keine größeren Beeinträchtigungen des Schulbetriebs verbunden sind. Ausschlaggebend für die Entscheidung war dabei die grundgesetzlich verbürgte Religionsfreiheit.

Gegen das Beten an der Schule hatte das Land Berlin vor Gericht mit der Verpflichtung öffentlicher Schulen zu weltanschaulicher und religiöser Neutralität argumentiert. Zudem könnten muslimische Schüler, die nicht beten wollen, unter Rechtfertigungsdruck gesetzt werden – davor seien sie zu schützen. Außerdem sei mit weiteren Klagen muslimischer Schüler zu rechnen. Während das Urteil vor allem von den Kirchen, den muslimischen Verbänden aber auch einzelnen Parteivertretern begrüßt wurde, stieß es bei anderen Beobachtern auf entschiedene Kritik. So berichtete das Portal islam.de über die positiven Stellungnahmen der religionspolitischen

Sprecher der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, den Grünen sowie der FDP. Dagegen sagte der Berliner CDU-Integrationspolitiker Kurt Wansner gegenüber dem **Tagesspiegel**, das Urteil befördere „individualistische Wege (...), die bereits in der Schule zu Separierung führen“. Özcan Mutlu, Bildungspolitiker der Grünen in Berlin, sprach im **Deutschlandfunk** von einem „integrationspolitisch falschen Signal“ und äußerte zudem die Befürchtung, streng gläubige Schüler könnten ihre nicht-betenden Mitschüler unter Druck setzen.

Auch an den Schulen ist die Stimmung uneinheitlich – das zeigen Medienberichte wie Beiträge des **Tagesspiegels** der Berliner Zeitung sowie Nachfragen der Redaktion: Während einige Schulleiter erklären, dass das Beten in der Schule für die muslimischen Schüler gar kein Thema sei, fürchten andere nun weitere Klagen und die Zunahme religiöser Aktivitäten im Umfeld von Schule. Inzwischen hat der Berliner Senat Berufung gegen das Urteil eingelegt – somit müssen sich erneut Gerichte mit der Gebetsfrage befassen. Abgesehen von der ausstehenden endgültigen Entscheidung im Berliner Verfahren könnte sich für die Schulen indes ein pragmatischer Umgang empfehlen –

etwa nach dem Hamburger Vorbild: „Wir empfehlen unseren Lehrern, den Schülern, die beten wollen, den Schlüssel für gerade leer stehende Klassenräume zu geben“, erklärte eine Sprecherin der Hamburger Schulverwaltung gegenüber der **Berliner Zeitung**. Daraus ließe sich folgende Praxis ableiten: Wenn der Schulbetrieb es erlaubt und religionsmündige Schüler es explizit wünschen, könnte gemeinsam nach einfachen Lösungen gesucht werden, um ihnen das Beten in der Schule zu ermöglichen. Dafür spricht sich auch Bülent Ucar, Professor für Islamische Religionspädagogik, gegenüber der **NRZ** aus: „Für das Gebet brauchen Muslime zur Mittagszeit nur zehn bis 15 Minuten. Verrichtet werden kann es überall – es muss nur einen sauberen und ruhigen Ort geben. Ein leerer Klassenraum reicht völlig für ein Gebet in der Pause.“ Allerdings müsse dies für alle Religionen gleichermaßen gelten und grundsätzlich geklärt werden, wie viel Platz Religion in einer staatlichen Schule haben solle. Einen konkreten Vorschlag machte dazu der Vorsitzende des Essener Integrationsbeirates Muhammet Balaban: Schulen könnten einen Raum für alle Religionen gemeinsam einrichten. Bei Universitäten und in Krankenhäusern „funktioniert das schon lange“, wird Balaban in der **NRZ** zitiert.

Gerade an Schulen jedoch, so ließe sich dem hinzufügen, sollten Lehrer und Eltern besonders darauf achten, dass es im Fall der Einrichtung eines solchen Gebetsraums nicht zu Konflikten, Ausgrenzungen oder Missionierungsbestrebungen unter den Schülern kommt. ■

ARABISCHE, TÜRKISCHE UND MUSLIMISCHE STIMMEN

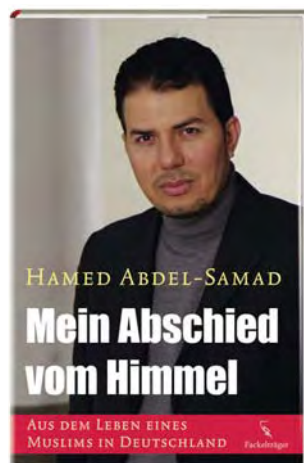
„Verfluchte Freiheit“

EIN GESPRÄCH MIT DEM KULTURWISSENSCHAFTLER
HAMED ABDEL-SAMAD

Hamed Abdel-Samad kam Mitte der 90er Jahre als junger Student aus Ägypten nach Deutschland. Heute ist er als Kulturwissenschaftler am Institut für Jüdische Geschichte und Kultur der Universität München tätig. In seinem Buch „Mein Abschied vom Himmel“ berichtet Abdel-Samad von seiner anfänglichen Orientierungslosigkeit in Deutschland, die bei ihm dazu führte, dass er zeitweise radikale Deutungen des Islam vertrat. Im Gespräch mit ufuq.de schildert Abdel-Samad seine Erfahrungen und formuliert Thesen, wie der Orientierungslosigkeit vieler junger Migranten zu begegnen wäre.

Herr Abdel-Samad, In Ihrem Buch beschreiben Sie Ihre Versuche, als ägyptischer Student in Deutschland Fuß zu fassen. Sie zeichnen das Bild eines ‚doppelt befreiten‘ jungen Mannes: befreit von Schranken und Zwängen, die Sie aus der ägyptischen Gesellschaft gewohnt waren, aber auch befreit von sozialen Bindungen und Gewissheiten, die Ihnen zuvor Orientierung gaben. Können Sie erklären, worin genau die zwei Seiten der ‚neuen Freiheit‘ bestanden?

Ich komme aus einem Land, in dem es ein ungeschriebenes Abkommen zwischen dem Individuum und der Gesellschaft gibt: Du akzeptierst die Regeln, aber auch die Zwänge der Kollektivgesellschaft und stellst sie nicht infrage und kannst dafür mit der Solidarität und Anerkennung aller rechnen. Bei jeder Entscheidung steht dir entweder der Vater, der Lehrer, der Imam oder ein Vers aus dem Koran zur Seite. Man ist nie alleine, im positiven wie im negativen Sinne. Die Individualität wird für Geborgenheit und Halt aufgegeben. Dann kam ich nach Deutschland und stellte fest, dass es auch hier ein ungeschriebenes Abkommen gibt: ‚Du kannst machen was du willst, aber nerv uns nicht damit. Du bist auf dich allein gestellt, kein Big Brother, kein Ratgeber, viel Spaß!‘ Auch wenn der Wunsch nach Freiheit und Selbstbestimmung der Grund war, warum ich mich auf den Weg nach Deutschland machte, kam mir diese Freiheit am Anfang eher wie eine Last vor. Welche Seminare ich an der Uni besuche, was verboten oder erlaubt ist – das entschieden plötzlich nicht mehr andere für mich, sondern ich alleine hatte die Qual der Wahl. Das führte zunächst zu Konfusion und moralischer Desorientierung: Entweder habe ich die ‚verbotenen Früchte des Abendlandes‘ exzessiv



Hamed Abdel-Samad, Mein Abschied vom Himmel. Aus dem Leben eines Muslims in Deutschland, Köln: Fackelträger 2009, 320 S., EUR 19,95

konsumiert, oder ich zog mich in die Moschee zurück und wurde noch religiöser als früher in Ägypten, um mich vor dieser ‚verfluchten Freiheit‘ zu schützen! Später dachte ich daher, Freiheit sei wie ein Wagen, den man nur fahren sollte, wenn man einen Führerschein hat. Heute denke ich, sie ist wie kaltes Wasser, man stürzt sich hinein und hofft darauf, irgendwann die Balance zu finden.

Was half Ihnen, diese Balance zu finden?

Viele haben versucht mir zu helfen, aber ich war in meinen starren Denkstrukturen gefangen. Später erkannte ich, dass ich mit mir selbst über meine Welt- und Gesellschaftsbilder neu verhandeln muss. Mir wurde klar, dass mich diese schizophrene Art zu leben und zu denken isoliert und letztlich dazu führt, dass ich alle meine Ängste, Versäumnisse und Unzulänglichkeiten auf Deutschland projiziere. Ich machte eine Art Inventur und beschloss, mich von vielen Vorstellungen

zu trennen, die ich im Koffer mit nach Deutschland geschleppt hatte. Religiöse Pflichten und Vorstellungen sind dafür da, dem Menschen Halt zu bieten und ihm Trost zu spenden, aber wenn diese aus dem Menschen einen Paranoiden machen, der seiner Umgebung nur noch misstraut, dann muss man sich von ihnen lösen – und genau das habe ich getan. Ich hörte auf, die Welt in Gläubige und Ungläubige zu teilen und bestimmte mein Benehmen nicht mehr nach den Regeln des Koran. Die Religion benutzte ich nicht mehr als Schutzschild, und meinen Mitmenschen gegenüber trat ich nicht mehr als Muslim, sondern als Mensch auf. Ich verstand, dass nichts heiliger ist als der Mensch, seine Würde und seine Freiheit.

Sie bewegten sich selbst eine Zeit lang in islamistischen Milieus. Nun wird zuletzt vermehrt darüber diskutiert, wie Aussteigerprogramme für radikale Islamisten aussehen könnten. Als Vorbild gelten dabei Programme, wie es sie schon länger für Rechtsextremisten gibt. Wo könnten diese Programme ansetzen, um junge extremistische Muslime zu einer kritischen Auseinandersetzung mit starren Denkstrukturen und rigiden Deutungen der Religion anzuregen?

Aussteiger suchen immer ein Ort ihres Vertrauens. Deutsche Behörden oder Vereine können ihnen dieses Vertrauen nicht bieten. Effektiver als Aussteigerprogramme wäre ein grundlegender Wandel der Moscheevereine. Junge Muslime fühlen sich zu militanten Gruppen hingezogen, weil sie ihnen Anerkennung und Nestwärme bieten und das Gefühl geben, Teil eines Projektes zu sein. Dagegen wird ihnen sowohl von der deutschen Gesellschaft als auch von den traditionellen islamischen Organisationen das Gefühl vermittelt, ein Problem zu sein. Moscheen könnten wichtige Orte der Integration sein, wo junge Muslime lernen können, dass es kein Widerspruch ist, gleichzeitig deutsch und Muslim zu sein. Das geht aber nur, wenn Imame hierzulande ausgebildet werden und mehr über die deutsche Gesellschaft erfahren. Moscheen wären dann nicht nur Orte, an denen radikalisierte Muslime zu-

ARABISCHE, TÜRKISCHE UND MUSLIMISCHE STIMMEN

rück in die Gesellschaft finden – sie würden auch dazu beitragen, dass Jugendliche erst gar nicht soweit abdriften. Dabei ist Gegenseitigkeit wichtig: Die deutschen Behörden erleichtern den Bau von repräsentativen Moscheen, während sich die Moscheen verpflichten, offene Orte zu sein, wo Missionierung und das aggressive Werben um junge Muslime keinen Platz haben. Wenn Transparenz und Vertrauen herrschen, können Moscheevereine mit der Polizei kooperieren, um extremistischen Aktivitäten vorzubeugen und Aussteiger zurück in die Gesellschaft zu holen. Es reicht nicht, Extremisten zu verstoßen, denn dann würden sie untertauchen und sich erst recht radikalieren. Die modera-

ten Moscheen und Vereine stehen vor der Herausforderung, die Extremisten an den Rändern der Gemeinden zu integrieren und sie davon zu überzeugen, dass die Moscheen die besseren Alternativen sind.

Ist es nicht problematisch, hier vor allem auf Moscheen zu setzen? Werden Moscheen dabei nicht als pädagogische Akteure aufgewertet, während gleichzeitig nicht-konfessionelle Einrichtungen immer größere Schwierigkeiten haben, ihrer Rolle gerecht zu werden – gerade auch vor dem Hintergrund von Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich?

Sicherlich können Moscheen das Problem nicht alleine bewältigen. Ich sehe die

Moscheen als einen möglichen Vermittler zwischen einem potentiellen Aussteiger und den deutschen Institutionen: der Polizei, den Arbeits- und Sozialämtern oder Jugendeinrichtungen. Die Erwartung, dass ein Aussteiger aus der islamistischen Szene sich direkt an deutsche Behörden und Einrichtungen wendet, ist zu optimistisch. Auch säkulare Emigrantenvereine wären überfordert, denn ihnen fehlt es an Kenntnissen, Infrastruktur und am Zugang zum Betroffenen. Moscheen sind dagegen sichtbarer und stellen keine Hürde dar. Gerade in ihrem informellen Charakter liegt der Vorteil, wenn es darum geht, radikalisierte Jugendliche zu binden. ■

MATERIALHEFT ANDI 2 – DEN ISLAMISMUS VOM ISLAM TRENNEN

„Andi 2 – Den Islamismus vom Islam trennen“ heißt ein Materialheft, das der Islamismusprävention dienen soll. Es wendet sich vor allem an muslimische Schüler ab der 9. Jahrgangsstufe. Die Unterrichtseinheit mit Arbeitsblättern und weiteren Informationen kann kostenlos auf **Lehrer-Online** heruntergeladen werden. Verfasst wurde die Materialsammlung von den Islamkundefachlehrern Ahmed Arslan und Duran Terzi. Das Heft greift den **Comic „Andi 2“** und die dazugehörige **Handreichung für den Politikunterricht „Demokratie – Islam – Islamismus“** auf, die vom Innenministerium in Nordrhein-Westfalen herausgegeben wurden.

„Die große Mehrheit der in Deutschland verwurzelten Muslime lehnt jegliche Gewalt im Namen der Religion ab und fühlt sich dem freiheitlichen Verfassungsstaat



verbunden“, schreiben die Autoren. „Damit das auch künftig so bleibt, sollte vor allem die muslimische Jugend in ihrer Position psychologisch und kognitiv gestärkt werden.“ Die Übungen informieren über die ideologischen Hintergründe des Islamismus und zeigen religiöse Argu-

mente auf, mit denen Vertretern radikaler Vorstellungen begegnet werden kann. Dazu gehören auch Hinweise auf religiöse Quellentexte, die sich als Bekenntnisse zu religiöser Freiheit und politischen Rechten lesen lassen.

ARABISCHE, TÜRKISCHE UND MUSLIMISCHE STIMMEN

Andalusian.de – Bloggen für ein „zeitgemäßes“ Islamverständnis

In seinem Weblog plädiert Hakan Turan für ein Islamverständnis, dass mit dem heutigen Alltag vereinbar ist. Dabei setzt er sich für eine kritische Auseinandersetzung mit traditionellen religiösen Vorstellungen ein, die er nicht zuletzt auch aus theologischer Sicht für überkommen hält.

Islam ist nicht gleich Islam – gerade unter jungen Muslimen bestehen sehr un-

terschiedliche Vorstellungen darüber, wie sich der Islam im Alltag leben lässt. Ein

Beispiel für die Auseinandersetzung mit diesem Thema ist der junge deutsch-türkische Blogger Hakan Turan. In seinem Weblog beschäftigt er sich mit Fragen, die sich Muslimen in alltäglichen wie auch in politischen Auseinandersetzungen stellen. Besonders interessant ist dabei, dass

ARABISCHE, TÜRKISCHE UND MUSLIMISCHE STIMMEN

er dies aus explizit religiöser Perspektive tut: Er zeigt Wege für ein Verständnis des Islam auf, das der Lebenswirklichkeit junger religiöser Muslime in Deutschland entspricht – auch wenn dies zu Konflikten mit der Elterngeneration führen kann.

Der Name des erst im Sommer gegründeten Weblogs ist Programm: Andalusian.de verweist auf die Blütezeit eines offenen Islamverständnisses im mittelalterlichen Spanien. So ist es kein Zufall, dass sich Turan, der auch im Zukunftsforum Islam der Bundeszentrale für politische Bildung aktiv ist, in einem seiner teils essayistischen Beiträge mit einer Frage beschäftigt, die Muslimen immer wieder gestellt wird – der Frage nach der Apostasie, dem Abfall vom Glauben, der nach klassischer islamischer Rechtslehre, dem *fiqh*, streng zu bestrafen ist. Viele Gelehrte, wie der auch unter jungen europäischen Muslimen sehr populäre Scheich Yusuf al-Qaradawi, halten sogar an der Todesstrafe für dieses „Verbrechen“ fest und begründen dies aus den religiösen Quellen. Für Turan hingegen steht sowohl aus theologischer Sicht, nicht zuletzt aber auch aus „Vernunftgründen“ eine Bestrafung für

den Glaubensabfall gar nicht zur Debatte. Ebenfalls mit religiösen Argumenten plädiert er vielmehr für einen zeitgemäß verstandenen Islam. Dabei macht er deutlich, wie stark sich das Glaubensverständnis junger religiöser Muslime, von dem ihrer Eltern und von dem des klassischen islamischen Rechts unterscheiden und der Islam trotzdem wesentlicher Bestandteil ihrer Identität bleiben kann. Wir dokumentieren im Folgenden einen Ausschnitt aus seinen Überlegungen: „Im Türkischen sagt man, dass die Zeit der beste Koranexeget sei (*zaman en iyi müfessirdir*). Diese hat unsere Väter und Mütter nach Deutschland geführt. Sie hat hier für einen Neuanfang in ihrem Leben gesorgt. Sie ist dafür zuständig, dass wir in einem deutsch-türkischen Umfeld sozialisiert wurden. Und sie ist letztlich auch dafür verantwortlich, dass sich dadurch unsere Wahrnehmung von Religion und Tradition oftmals drastisch von der unserer Eltern unterscheidet. Ich meine damit nicht die jungen Leute, die sich von ihrer Religion ohnehin distanzieren haben. Ich meine damit jene Muslime, die ebenso islamisch wie westlich leben wollen und Synthesen hervorbringen, die in keinem Lehrbuch der *Fiqh* oder in einem

Konzept deutscher Leitkultur beschrieben sind. (...)

Um plakativ zu werden: Ich meine junge Frauen mit Kopftüchern, die beruflich aufsteigen wollen, sich in Gesellschaft und Wissenschaft engagieren und problemlos und selbstbewusst mit Männern umgehen können. Und ich meine junge Frauen mit T-Shirt und ohne Kopftuch, die das rituelle Gebet verrichten und im Ramadan fasten – diese Identitäten werden in keiner reinen Theorie wirklich erfasst, was im Übrigen ein Hinweis auf die Weltfremdheit jener Theorien ist. Und doch hat die Zeit gezeigt, dass solche Identitäten möglich sind – vielleicht unter Abstrichen in manchen traditionellen Tugenden, aber dafür unter Zugewinn und Stärkung anderer, nicht minder wertvoller Tugenden. Ich glaube, dass der Kern des Islam flexibel und universal genug ist um in all dem Wandel im Gläubigen eine bleibende islamische Grundessenz zu ermöglichen.“ ■

OFFENER BRIEF AN BEKKAY HARRACH

Im Weblog *andalusian.de* (siehe obenstehenden Artikel) findet sich auch ein offener Brief, den Hakan Turan an Bekkay Harrach geschrieben hat. Dessen Drohbotschaften aus Afghanistan sorgten kurz vor den Bundestagswahlen für große mediale Aufmerksamkeit: In Videos hatte der junge Deutsch-Marokkaner Anschläge in Deutschland angekündigt, sollte die Bundesregierung ihre Haltung zum Krieg in Afghanistan nicht ändern. Dabei appellierte Harrach ausdrücklich auch an die Muslime in Deutschland. Darauf reagierte Turan mit seinem offenen Brief, der von anderen Bloggern aufgegriffen und verbreitet wurde. Turans Abrechnung mit dem radikalen Islamismus sprach ihnen offenbar aus der Seele. Turan schrieb an Bekkay Harrach:

„Ich empfinde deinen Versuch, die islamische Jugend in Deutschland anzusprechen und ihnen Anweisungen geben zu



Der Deutsch-Marokkaner Bekkay Harrach drohte vor den Bundestagswahlen in einem Video mit Anschlägen in Deutschland. youtube.com

wollen, wie sie im Falle eines Anschlags vorgehen sollen, als blanke Anmaßung und Unverschämtheit. Die islamische Jugend in Deutschland will einen guten Schulabschluss, einen guten Beruf und aufsteigen. Sie will ihre Familien stolz machen und ihnen ein besseres Leben ermöglichen – ja, sie will leben und leben lassen, nicht sterben und töten! Und sie will ihren Glauben und ihre Kultur gegen-

über der Mehrheitsgesellschaft auf eine würdige und glaubhafte Weise repräsentieren. Zahllose Muslime aller Schichten arbeiten hart dafür, ein anständiges Leben zu führen und das Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft zu verbessern. Sie übernehmen gesellschaftliche Verantwortung in allen Bereichen und schicken sich an, ihrer Jugend vorzuleben, wie man als Muslim in Deutschland zu einem produktiven Mitglied der Gesellschaft wird. Ihr hingegen stellt genau das Gegenteil einer solchen gelingenden Existenz dar. Nur wer gar keinen anderen Weg gefunden hat, seinem Leben einen Sinn und das Gefühl von Bedeutsamkeit zu geben, würde in hoffentlich sehr seltenen Fällen der Versuchung erliegen, diese Bedeutung als lebende Bombe für terroristische Zwecke zu erlangen. Der Islam ist besser als das. Der Islam braucht das nicht.“

ARABISCHE, TÜRKISCHE UND MUSLIMISCHE STIMMEN

„Immer dasselbe Gerede“

DEBATTEN UM DIE POPSÄNGERIN BÜLENT ERSOY

Sie ist ebenso prominent wie provokant: Die türkische Sängerin Bülent Ersoy nutzt ihre Popularität, um gesellschaftliche und politische Tabus anzusprechen. Auch in Deutschland stößt sie damit Diskussionen an.

Bülent Ersoy ist ein Star – in der Türkei ebenso wie unter deutsch-türkischen Jugendlichen. Wegen ihrer sexuellen Identität ist die Sängerin und Komponistin von Arabeskmusik allerdings sehr umstritten.

Krieg der Anderen würde ich mein Kind nicht unter die Erde schicken. Das wird doch alles von Leuten am grünen Tisch bestimmt, die dann entscheiden, dass ein paar Kinder sterben sollen“, erklärte die

deren scharf angegriffen. So bezeichnete ein Nutzer des deutsch-türkischen Internetforums „Turkdunya“ die Sängerin als „verabscheuungswürdige Kreatur“. Und auf „turkish-talk.de“ beschrieb ein Nutzer die Aussagen der Sängerin als „geistiger Müll“, wobei Ersoys Sexualität auch hier Anlass für weitere Beschimpfungen bot. Auf der anderen Seite erntet Ersoy auch



Popstar Bülent Ersoy: „Blut, Tränen, Tote ... und dann immer diese Klischees.“

Die als Mann geborene Künstlerin ließ bereits 1980 eine Geschlechtsumwandlung vornehmen. Das damalige Militärregime verweigerte der schon zu diesem Zeitpunkt sehr erfolgreichen Sängerin daraufhin über acht Jahre jeglichen öffentlichen Auftritt. Ersoy verließ die Türkei und lebte in dieser Zeit vorübergehend auch in Deutschland.

Auch danach war Ersoys Transsexualität immer wieder Grund für Anfeindungen vor allem aus dem nationalistischen Lager. 1989 wurde sie auf offener Bühne angeschossen und schwer verletzt. Ihre Fangemeinde konnte Ersoy trotzdem halten – ebenso wie ihre Vorliebe für provokative politische Positionen. So rief sie im vergangenen Jahr während einer Militäroffensive gegen die kurdische PKK im Nordirak die türkischen Mütter dazu auf, ihre Söhne nicht zum Militär zu lassen: „Für diesen

Sängerin in der Fernsehshow „Popstar Alaturka“, in der sie als Jurorin mitwirkte. Von der in der Türkei hoch angesehenen Armee hält sie hingegen gar nichts: „Immer dasselbe Gerede. Kinder sterben, es gibt Blut, Tränen, Tote ... und dann immer diese Klischees.“

Diese Aussagen sorgten für einen Eklat, schließlich gilt die Kritik am Militär noch heute für viele Türken als Vaterlandsverrat. Ersoy selbst musste sich für ihre Aussagen vor Gericht verantworten, schließlich habe sie, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, den Ruf der Armee geschadet. Erst im Dezember 2008 wurde sie schließlich freigesprochen.

Die Sängerin polarisiert allerdings nicht nur im Heimatland. Auch unter Migranten türkischer Herkunft in Deutschland wird sie von den einen verehrt, von an-

viel Zuspruch. Als Sängerin „mit einer unglaublichen Stimme“ wird sie von einem Nutzer des Forums beschrieben: „Es wäre echt schade, wenn sie wegen dieser dummen Anklage ins Gefängnis müsste“. Zustimmung kommt auch von kurdischen Migranten. So werden die Äußerungen Ersoys in Online-Foren kurdischer Jugendlicher anerkennend zur Kenntnis genommen: „Spätestens seit dem Ausbruch des Vulkans namens Bülent Ersoy ist auch das türkische Militär nicht mehr jenseits von Kritik“, heißt es zum Beispiel in einem Beitrag bei „kurdmania.com“. In diesen Auseinandersetzungen ist es nicht zuletzt die Popularität Ersoys, die der Sängerin einen gewissen Schutz bietet und ihr das offene Bekenntnis zur Transsexualität und zu provokativen politischen Positionen leichter macht. Das gilt in der Türkei ebenso wie in Deutschland. ■

ARABISCHE, TÜRKISCHE UND MUSLIMISCHE STIMMEN

ISLAMISCHE DISKUSSION UM DEN NIQAB

Der Niqab ist eine Form der Verschleierung, die nur einen Augenschlitz offen lässt. In Deutschland ist der Niqab sehr selten. Dennoch gilt er auch einigen deutschen Muslimen als einzig akzeptable Form der Bedeckung.

In Ägypten hat nun im Oktober der oberste Islamgelehrte des Landes, Scheich Muhammad Tantawi, eine Debatte angestoßen, in der sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber deutlich werden, wie religiöse Vorschriften zu interpretieren sind und wie eine „korrekte“ Verhüllung auszusehen hat. Tantawi hatte sich nach dem Besuch einer Schulveranstaltung, bei der er auch ein Niqab-tragendes Mädchen anwesend war, gegen den Niqab ausgesprochen. Dieser sei eine traditionalistische Bekleidungsform aus, wie er sagt, vorislamischer Zeit und deshalb „unislamisch“.

Das Kopftuch hingegen betrachtet er – und mit ihm wohl die meisten Muslime – als religiöse Pflicht. Das sehen auch viele Frauen und Mädchen so, die selbst kein Kopftuch tragen. Dennoch gehen die Meinungen auch über das Kopftuch weit auseinander. Das gilt sogar für die islamischen Gelehrten: Zwar ist das Kopftuch für die Mehrheit der Gelehrten ein wichtiger Teil des Islam – obwohl der Koran selbst dazu nur sehr vage Formulierungen bereithält. Dagegen erklären andere Gelehrte wie etwa der ehemalige Mufti von Marseille, Soheib Benseikh, dass es bei der Auslegung der islamischen Quellen weniger um den Wortlaut als um die Intention des Verses gehen müsse: Sinn der koranischen Aufforderung, die Frauen mögen Tücher über sich bzw. „ihre Brust“ ziehen (Koran 33:59 und 24:31), sei der Schutz der Frauen gewesen. Diese Funktion, so Benseikh, werde heute weniger durch die Bekleidung als durch



„Nicht ohne meinen Schleier“: Video-Reportage auf faz.de über die deutsche Muslimin Attia Nuur Ahmad-Hübsch

den Erwerb von Bildung gewährleistet. Im Gegensatz zu solch liberaler Interpretation hält Scheich Tantawi am Kopftuch fest. Den Niqab jedoch würde er in öffentlichen Einrichtungen am liebsten verboten wissen. Dafür erntet er nun heftige Kritik von islamischen Gelehrten, die dem besonders strengen und vor allem in Saudi-Arabien dominierenden wahhabitischen Islamverständnis folgen. Sie sehen in der Ganzkörperverhüllung den Ausdruck einer besonders ergebenen Haltung gegenüber Gott. Ganz zu schweigen von radikal-islamistischen Strömungen wie den Taliban, denen selbst der Niqab noch zu freizügig ist.

Deutlich wird an dieser durch Tantawi in Ägypten angestoßenen Debatte, wie unterschiedlich die islamischen Quellen

sogar von sehr religiösen Muslimen verstanden werden. Zu Wort melden sich dabei keineswegs nur islamische Gelehrte. In Diskussionsrunden im Fernsehen und in zahlreichen Weblogs kommen auch andere Stimmen zu Wort, die auf die grundsätzliche Bedeutung dieser Frage aufmerksam machen. Auch in Frankreich oder Dänemark gab es in den vergangenen Monaten Diskussionen darüber, ob Niqab und Burka grundsätzlich verboten werden sollten. In Saudi-Arabien hat Tantawi mit seinem Vorstoß dagegen auch jene Stimmen auf den Plan gerufen, die den Islam in Bedrängnis sehen und umso entschiedener auf eine rigide Auslegung seiner Quellen drängen.

FILMTIPP

„Evet, ich will“**KOMÖDIE MIT PÄDAGOGISCHEM WERT**

„Aber meine Eltern dürfen nichts wissen“: Szene aus dem Film *Evet, ich will*

Der Film „Evet, ich will“ spielt bewusst mit Klischees – und ist gerade deswegen unverkrampft und erhellend. Ein Besuch mit Schulklassen und Jugendgruppen eignet sich als Einstieg in die Diskussion.

Zwei „gemischte“ Hochzeiten, ein deutsch-türkisches schwules Pärchen, ein türkischer Möchtegern-Bräutigam und eine in die Jahre gekommene „wilde“ deutsche Ehe – dies ist das Setting der Komödie „Evet, ich will“ von Regisseur Sinan Akkus, die gerade in den Kinos läuft. Auf ihrer Suche nach dem Glück ecken die jungen deutschen, türkischen und deutsch-türkischen Verliebten permanent an: Die Traditionen, Religionen, Ressentiments und politischen Überzeugungen der Eltern und Großeltern stellen ihre Liebe auf die Probe.

Undenkbar erscheint es zum Beispiel dem altlinken türkischen Vater, seine liberal erzogene Tochter könne den Sohn traditionalistischer Kurden heiraten. Die könnten ja „nicht einmal richtig deutsch.“ Um eine

solche Heirat zu verhindern, sperrt er seine Tochter sogar ein. Undenkbar auch, dass Dirks öko-feministische Mutter dem heiratsbedingten Übertritt ihres Sohns zum Islam etwas Positives abgewinnen kann. Bis sich auch der Vater gleich mit beschneiden lässt – wenngleich aus eher sexuellen als religiösen Motiven.

Bevor sich alles irgendwie und ganz pragmatisch zum Guten fügt, muss jeder einmal über seinen Schatten springen. Und das macht den Film auf angenehm unangestregte Weise pädagogisch wertvoll. Neben der humoresken Vorführung verschiedenster und wechselseitiger kultureller oder nationalen Klischees zeigt der Film, wie privates Glück und individuelle Freiheit durch kleine Überschreitungen kultureller, politischer, religiöser, familiärer

oder nationaler Grenzen möglich werden, ohne dass es zum großen Bruch mit der jeweiligen Gemeinschaft kommen muss. Natürlich ist diese Darstellung angesichts der vielen realen Konflikte, die derzeit debattiert werden, allzu harmonisch – das soll sie aber auch sein. „Ja, ich will“ ist ein charmantes Bekenntnis zum deutsch-türkischen Selbstverständnis und ein Plädoyer dafür, dass hier in den kommenden Generationen doch bitteschön zusammenwachsen möge, was inzwischen eh zusammen gehört. Sehr symbolträchtig endet denn auch der Film, der sich gut für einen Besuch mit der Schulklasse oder der Jugendgruppe eignet: Die Kamera folgt einem älteren türkischen Ehepaar, dessen abendlicher Heimweg sie am Deutschen Historischen Museum in Berlin Mitte vorbei führt. ■

DOKUMENTATION

Zukunftsforum Islam: Islam und Grundgesetz

„Wie können Muslime und Nicht-Muslime die Zukunft auf Grundlage des Grundgesetzes gemeinsam gestalten?“ Diese Frage stand im Mittelpunkt der Veranstaltung „60 Jahre Grundgesetz: Muslime im demokratischen Verfassungsstaat“, die im Mai 2009 vom Zukunftsforum Islam, einer Initiative der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, organisiert wurde.

In den jetzt online veröffentlichten Vorträgen der Islamwissenschaftler und muslimischen Referenten ging es unter anderem auch um Fragen der politischen Bildungsarbeit mit jungen Muslimen. So machte Prof. Jamal Malik auf die Herausforderungen aufmerksam, die sich in der Bildungsarbeit aus den „vielfältigen Formen einer neuen Religiosität“ unter Jugendlichen ergäben. Gleichzeitig warnte er davor, die Bedeutung der Religion als Faktor der Identität zu überschätzen. Die „Überislamisierung“ der Migrationsdebatte begünstige letztlich einen Rückzug der Migranten auf eine gemeinsame islamische Identität, die nicht selten auch mit religiösem Purismus einhergehe.

Auch der Psychologe Haci-Halil Uslucan ging ausführlich auf das Thema Bildung und Erziehung ein. In seinem Vortrag „Islamisches Leben im Alltag: Familie, Erziehung und Schule“ fasste er wichtige Merkmale der Werterziehung in religiösen Familien zusammen und beschrieb unterschiedliche Sozialisierungserfahrungen von Kindern, deren Eltern besonderen Wert auf eine religiöse Erziehung legen. Zwar gebe es auch hier sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, was im Einzelnen unter islamischen Werten verstanden wird. Für religiöse Eltern und Kinder, so Uslucan, stelle der Islam jedoch eine wichtige Orientierung im Alltag dar.

Eine ausführliche **Dokumentation** der Veranstaltung finden Sie auf der **Website der bpb**.



STUDIE

Islam im Schulunterricht

Mit dem Stand der Diskussionen um den Islamunterricht in der Schule beschäftigen sich die beiden Islamwissenschaftler Irka-Christin Mohr und Michael Kiefer in ihrer aktuellen Studie „Islamunterricht, Islamischer Religionsunterricht, Islamkunde“. Zwar sind sich fast alle Akteure mittlerweile darüber einig, dass es einen islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen geben soll.

Unterschiedliche Vorstellungen bestehen jedoch unter anderem darüber, wer den Unterricht (Ausbildung der Lehrenden) mit welchem Lernziel (islamkundlich oder bekenntnisorientiert) auf der Grundlage welcher Materialien (Schulbücher) durchführen soll. Vor diesem Hintergrund gibt das Buch einen Überblick über die bisherigen Schulversuche und Modellprojekte, die in




den vergangenen Jahren in verschiedenen Bundesländern durchgeführt wurden. Die Auswertung von Lehrplänen, Unterrichtsbeobachtungen und Lehrergesprächen bietet dabei die Grundlage, um Perspektiven für eine bundesweite Einführung des Islamunterrichts entwickeln zu können.

Irka-Christin Mohr/Michael Kiefer (Hg.), Islamunterricht, Islamischer Religionsunterricht, Islamkunde. Viele Titel – ein Fach?, Bielefeld: Transcript 2009, 240 S., EUR 24,80

PUBLIKATIONEN

DIK über Förderung von Integration und Imamen




Deutsche Islam Konferenz

[Kontakt](#) [Inhaltsverzeichnis](#) [RSS-Hilfe](#) [Newsletter](#) [Impressum](#)

Startseite

- [Deutsche Islam Konferenz](#)
- [Muslime in Deutschland](#)
- [Themen & Diskussionen](#)
- [Projektförderung](#)
- [Veranstaltungen](#)
- [Presse und Publikationen](#)


SUCHE



Imame in Deutschland

Das aktuelle Schwerpunktthema


Europäische Ansätze zur Imamausbildung an öffentlichen Hochschulen



Nicht nur die DIK hat das Thema Imamausbildung auf der Agenda. Auch in anderen europäischen Staaten wie Frankreich oder den Niederlanden ist dieser Punkt seit Jahren auf der Tagesordnung.

[→ Mehr lesen](#)

Grußwort zum Opferfest



Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière gratuliert den Muslimen zum Opferfest.

Website der Deutschen Islam Konferenz, deutsche-islam-konferenz.de

Unter dem Motto „Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“ hat Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble 2006 die Deutsche Islam Konferenz (DIK) einberufen. Muslime sollen sich als Teil der deutschen Gesellschaft verstehen, heißt es auf der **Website** der DIK. In verschiedenen Arbeitsgruppen treffen sich seither jeweils 15 Vertreter aus Bund, Ländern und Kommunen mit 15 Vertretern muslimischen Glaubens. Hinzu kommen Experten verschiedener Fachgebiete.

Eine Bilanz nach drei Jahren ermöglichen jetzt zwei Veröffentlichungen, die von der DIK zum Download bereit gestellt werden: das **„Zwischenresumee der DIK“** und die Publikation **„Drei Jahre Deutsche Islamkonferenz 2006-2009“**. Das „Zwischenresumee“ enthält unter anderem die Empfehlungen der Arbeitsgruppen zur Imamausbildung und zur Integration in der Schule. (Zum Thema Schule und Lehrer in der DIK hier ein **Kommentar** auf ufuq.de.) Die Publikation „Drei Jahre DIK“ enthält unter anderem einzelne Vorträge von muslimischen und nichtmuslimischen Experten – zu Themen wie: Erziehung in muslimischen Familien, Scharia in Deutschland?, Gewalt und Islam, Islambild in den Medien, Mediennutzung von Muslimen oder Förderung Jugendlicher. Zudem werden Modellprojekte zum Thema Integration oder zum interreligiösen Dialog vorgestellt.

Aktuell bietet die Website der DIK außerdem mehrere Beiträge zur Rolle und Förderung von Imamen in Deutschland. Als religiöse Autoritäten haben Imame in den islamischen Gemeinden eine wichtige Funktion, die viele aber nicht wirklich ausfüllen können - zum Beispiel, weil ihnen das notwendige Wissen und die Verbindungen zu Kommunen, Behörden und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen fehlen.

Die in einem **Beitrag** auf der DIK-Seite vorgestellten Seminare „BerlinKompetenz“ und „MünchenKompetenz“ sollten deshalb unter anderem dazu beitragen, dass islamische Gemeinden und die Kommunen besser zusammenarbeiten. Mit Erfolg,

so berichten jedenfalls die Veranstalter des Projekts aus München und Berlin, die in Seminaren Imame und Seelsorger aus beiden Städten geschult haben: „Wenn eine Gemeinde zum Beispiel ein Problem mit drogenabhängigen Jugendlichen hat, wissen die Vertreter der Gemeinden mittlerweile viel genauer, an welche Beratungsstellen sie sich wenden können und wo sie Unterstützung bekommen.“ Oder: Wie geht man mit Paaren um, die nicht auf dem Standesamt heiraten wollen? Ein Pfarrer berichtete dazu, dass er vor der kirchlichen Trauung ein Papier an die Paare ausbebe, das beide unterzeichnen müssen, in dem aufgeklärt wird, welche rechtlichen Nachteile sich etwa für den Aufenthaltsstatus ergeben, wenn kein standesamtlicher Trauschein vorliegt. Dieses Konzept wollen nun islamische Gemeinden übernehmen, vor allem um sogenannte „Importbräute“ zu schützen. Mittlerweile interessieren sich eine ganze Reihe anderer Städte für das Kompetenz-Projekt. ■

PUBLIKATIONEN

ISLAMKRITIK UND -FEINDLICHKEIT

Neu erschienen ist der Band „Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen“. Darin werden Erscheinungsformen von Islamfeindlichkeit in den gegenwärtigen öffentlichen Diskussionen dokumentiert und eingeordnet. Autoren des umfangreichen Bandes sind unter anderem: Heiner Bielefeldt, Micha Brumlik, Yasemin Karakasoglu, Navid Kermani und Dieter Oberndörfer. Ein geplanter zweiter Band mit dem Titel „Islamverherrlichung“ soll demgegenüber „theologische Herausforderungen und Missstände in der hiesigen muslimischen Gesellschaft“ ansprechen – allerdings, so die Verlagsankündigung, ohne „Pauschalisierung, Populismus und Polemik“.

Thorsten Gerald Schneiders (Hg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden: VS-Verlag 2009, 485 S., EUR 39,90

DIE „DRITTE DEUTSCHE EINHEIT“

Armin Laschet (CDU) ist Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen. In seinem Buch „Die Aufsteigerrepublik“ erklärt er, dass die jahrelange Weigerung, die Zuwanderung als gesellschaftliche Realität in Deutschland anzuerkennen, die Aufstiegschancen einer ganzen Generation von Zuwanderern beeinträchtigt hätte. Vor diesem Hintergrund bezeichnet er die Integration als „dritte deutsche Einheit“ – nach der Integration der Vertriebenen in der Nachkriegszeit und der Wiedervereinigung nach dem Fall der Mauer. Damit diese dritte Einheit gelinge, so Laschet, brauche es nun unter anderem ein durchlässigeres Bildungssystem, frühe Sprachförderung und Ganztagschulen.

Armin Laschet, „Die Aufsteigerrepublik“, Köln: Kiepenheuer & Witsch 2009, 304 S., EUR 19,95

ONLINE-PLATTFORM ZUM NEWSLETTER AUF BPB.DE

Auf den Internetseiten der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb wurde im Oktober ein eigener Bereich eingerichtet für den Newsletter „Jugendkultur, Religion und Demokratie. Politische Bildung mit jungen Muslimen“. Dort finden sich viele Beiträge aus bisher erschienenen Newslettern, sortiert nach den Themenbereichen Gesellschaft und Politik, Musik und Lifestyle, Geschlechterrollen sowie Medien. Außerdem wird demnächst ein Glossar eingestellt, in dem wichtige Begriffe, Organisationen und Schlagworte zum Thema „Jugendkultur, Islam und Demokratie“ in Deutschland erläutert werden.

Das Angebot ist abrufbar unter: www.bpb.de/jugendkultur-islam-demokratie

Herausgeber Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn © 2009

Redaktion ufuq e.V. Dr. Götz Nordbruch, Dr. Jochen Müller

Der Newsletter wird im Auftrag der bpb erstellt durch ufuq.de - Jugendkultur, Medien und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft, Lohmühlenstr. 65, 12435 Berlin, E-Mail info@ufuq.de

Redaktion bpb Sebastian Kauer, Martin Hetterich, Christoph Müller-Hofstede, Dr. Michael Kiefer

Mitarbeit an dieser Ausgabe Berke Tataroglu

Bildnachweise S. 12: Maximum Film; S. 1, 2, 3, 4, 5 & 10: AP

Urheberrecht Alle Beiträge sind, soweit nicht anders angegeben, unter der Creative Commons-Lizenz by-nc-nd/3.0/de lizenziert.